



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Jetzt erst recht – Deutschland für eine Europäische Föderation!

Die Europa-Union Landesverbände Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Berlin teilen mit vielen Stimmen aus Bevölkerung, Wissenschaft und Politik die Kritik an der statischen, nationalstaatsbezogenen und nicht vom europäischen Geist getragenen Grundgesetzinterpretation des Bundesverfassungsgerichts: Die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts schließt eine positive Entwicklungsperspektive für das Europäische Parlament aus. Gerade in diesem Punkt ist das Urteil offensichtlich widersprüchlich.

Die Landesverbände beschränken sich nicht allein auf eine Kritik am Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Vielmehr wollen sie die in Deutschland begonnene europapolitische Grundsatzdebatte nutzen, um eine neue Entwicklungsperspektive für die Europäische Union insgesamt aufzuzeigen:

Die Landesverbände schlagen daher dem Bundestag sowie dem Bundesrat vor, im Grundgesetz die Perspektive der Mitwirkung Deutschlands am Ausbau der Europäischen Union zu einer Europäischen Föderation mit einem starken Europäischen Parlament zu verankern. Dafür bedarf es entsprechender Änderungen in Art. 79 und 146 sowie einer Aufnahme der Perspektive in die Präambel und den Europa-Artikel 23.

Als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurden vergleichbare Grundgesetzänderungen bereits – unter anderem - vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und von Politikern anderer Parteien vorgeschlagen. Die Landesverbände erwarten daher, dass ihre Vorschläge in Bundestag und Bundesrat ein großes Echo auslösen werden.

Daneben unterstützen die Landesverbände die Einführung eines Vorlageverfahrens des Bundesverfassungsgerichts beim Europäischen Gerichtshof.

Beschluss

der Landesvorstandssitzung der Europa-Union Hamburg vom 01.09.2009,
der Landesvorstandssitzung der Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern vom 05.09.2009,
der Landesvorstandssitzung der Europa-Union Nordrhein-Westfalen vom 08.09.2009
und der Mitgliederversammlung der Europa-Union Berlin vom 10.09.2009.